



Foto: CS

In der Schweiz nehmen die Rohholzexporte und die Halbfertig- und Fertigproduktimporte zu.

„Wir haben zu viele Verarbeiter verloren“

Interview Urs Amstutz tritt im März 2013 nach 25 Jahren als Direktor des Verbands Waldwirtschaft Schweiz (WVS) zurück. Im dlz-Interview beschreibt Amstutz, wie sich die Waldwirtschaft und die Arbeit des WVS verändert hat.

dlz Wie hat sich in den letzten 25 Jahren Ihre Arbeit bei Waldwirtschaft Schweiz verändert?

Amstutz: Die rückläufige Bedeutung der Urproduktion hat auch die Waldwirtschaft verändert: Die wirtschaftliche Bedeutung der Waldwirtschaft hat klar abgenommen. Wir haben viele Verarbeiter verloren, sowohl Plattenfabriken und Sägereien wie auch Zellstoffproduzenten und Papierfabriken. Die Holzproduktion in der Schweiz wurde davon stark tangiert. Wir beobachten in diesem Bereich ja eine eigenartige Entwicklung: Einerseits ist Holz als Baustoff immer mehr

gefragt, andererseits bedeutet das nicht unbedingt, dass dies die Holzproduktion und die Holzverarbeitung in der Schweiz fördert. Im Gegenteil: Die Schweiz exportiert viel Rohholz – fast wie ein Entwicklungsland, muss man leider sagen – und gleichzeitig nehmen die Importe von Halbfertig- und Fertigprodukten zu.

Als Sie bei Waldwirtschaft Schweiz einstiegen, war die Waldsterbendiskussion noch voll im Gange ...

Amstutz: In der Tat waren damals die Diskussionen um das Waldsterben dominierend

in der Forstpolitik. Unser Verband hat sich dabei relativ gut aus der Affäre gezogen. Wir wurden kaum in die Grabenkämpfe involviert. Und das, weil wir keine so pointierte Haltung einnahmen wie etwa der damalige Direktor der eidgenössischen Forschungsanstalt WSL.

Welche Position nahm Ihr Verband damals zum Waldsterben ein?

Amstutz: Einerseits haben wir damals darauf hingewiesen, dass der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen wie Öl oder Kohle generell ein Problem darstellt. Wenn Öl ver-

brannt wird, dann hat dies Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem und nicht nur auf den Wald. Insofern haben wir das Grundproblem zwar ernst genommen, aber haben das Waldsterben selbst nicht so dramatisch gesehen. Aus der dendrochronologischen Forschung – also der Analyse von Holz über sehr lange Zeiträume – wusste man schon damals, dass Schwankungen vorkommen können. Dass wir in ein paar Jahrzehnten gar keinen Wald mehr haben würden, davon sind wir jedenfalls nie ausgegangen, obwohl die Bilder von vollständig gelben Tannen in Aufforstungen auf versauerten Böden in Braunkohleverströmungsgebieten schon eindrücklich waren.

Haben die Diskussionen zum Waldsterben den Verband damals näher an die Naturschutzorganisationen gebracht?

Amstutz: Nicht unbedingt. Unser Verband hatte schon vorher regelmässig Kontakte zum Naturschutz, wobei sich hier auch grosse Unterschiede innerhalb von Waldwirtschaft Schweiz zeigten: einerseits Personen, für die der Naturschutz ein rotes Tuch war, andererseits Personen, die sich selbst im Naturschutz engagierten. Mein Vorgänger beispielsweise, Charles Feldmann, war Präsident von Pro Natura Solothurn.

Ist Waldwirtschaft Schweiz immer noch ein heterogener Verband?

Amstutz: Die Interessen der Waldeigentümer und der Waldbewirtschafter, die von uns auf nationaler Ebene vertreten werden, sind immer noch sehr unterschiedlich. Etwa ein Viertel unserer Mitglieder hat einen bäuerlichen Hintergrund. Für sie spielt die Holzproduktion im Wald ökonomisch noch immer eine sehr grosse Rolle. Drei Viertel unserer Mitglieder sind hingegen öffentlich-rechtliche Körperschaften, und auch dort gibt es eine grosse Diversität. Einerseits gibt es Gemeinden in

Zur Person

Urs Amstutz



Urs Amstutz (Jahrgang 1949) ist in Risch (ZG) auf einem Landwirtschaftsbetrieb mit umfangreicher Waldfläche aufgewachsen. Er besuchte die Schulen bis und mit Gymnasium im Kanton Zug. Danach studierte Amstutz an der ETH Zürich Forstingenieur. Nach dem Studium an der ETH Zürich war Amstutz Projektleiter bei der Interessengemeinschaft Industrieholz in Birmenstorf. Von 1980 bis 1987 war er als Stadtoberförster der Stadt Liestal (BL) für den Forstbetrieb, die forstlichen Nebenbetriebe, die Holzverarbeitung, die Landwirtschaft und die Deponien zuständig. 1989 absolvierte Amstutz einen Postgraduate Lehrgang für Verbandsmanagement an der Universität Freiburg. Seit 1988 und noch bis März 2013 arbeitet Urs Amstutz als Direktor von Waldwirtschaft Schweiz. cs

den Agglomerationen, für die der Wald und die Holzproduktion ökonomisch eine untergeordnete Rolle spielt, die Erholungsfunktion des Waldes dagegen eine sehr bedeutende. Dann gibt es Gemeinden, in denen die Schutzfunktion des Waldes existenziell ist und die diesbezüglich auf Hilfe angewiesen sind. Und dann gibt es öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Bürgergemeinden, für deren Forstbetrieb der Wald ökonomisch von zentraler Bedeutung ist. Diese Diversität ist in einem nationalen Verband, der sich als Dachverband versteht, unvermeidlich. Für die Interessenvertretung ist es allerdings nicht immer einfach, alle diese Positionen unter einen Hut zu bringen.

Eine Aufspaltung der Interessenvertretung, wie wir das mit den Biobauern und den IP-Bauern beobachten, gab es im Bereich Waldwirtschaft nicht?

Amstutz: Nein. Das liegt daran, dass es in der Holzproduktion in der Schweiz – ebenso wie sonst in Mitteleuropa – im Unterschied zur Landwirtschaft in der Nachkriegszeit keine Produktionsmaximierung mit Düngung und Pestizideinsatz gab. Die Umwälzungen, welche die Landwirtschaft ab den 1960er-Jahren erlebte, schlugen sich in der

Waldwirtschaft nur in Sachen Motorisierung und Mechanisierung nieder. Wir haben und hatten also keinen „Holzackerbau“ wie etwa in England oder in Irland, sondern eine naturnahe Waldbewirtschaftung, von der Forstprofis wie auch Waldeigentümer und -bewirtschafter gleichermaßen überzeugt waren und sind. Und zwar auch aus ökonomischen Gründen, denken wir nur an die Risiken und die Stabilität der Bestände. Insofern war die Ausgangslage in der Waldwirtschaft anders als in der Landwirtschaft. Die Interessen der Waldeigentümer und Waldbewirtschafter sind zwar unterschiedlich, aber über die Bewirtschaftungsgrundsätze gibt es einen breiten Konsens – anders als in der Landwirtschaft.

Auf der Ebene der Bundesverwaltung hat die Waldwirtschaft an Bedeutung verloren – jedenfalls auf der begrifflichen Ebene.

Amstutz: Die Waldwirtschaft ist in der Tat mit jeder Reorganisation der Bundesverwaltung mehr in den Hintergrund gerückt. Bis 1980 gab es das eidgenössische Oberforstinspektorat, das für die Umsetzung des Forstpolizeigesetzes von 1902 zuständig war. Aus dem eidgenössischen Oberforstinspek-



Foto: www.wvs.ch

Über die Bewirtschaftungsgrundsätze herrscht in der Waldwirtschaft – anders als in der Landwirtschaft – grundsätzlich Konsens.



Foto: CS

Beim Bund und an der ETH ist die Waldwirtschaft auf der begrifflichen Ebene buchstäblich von der Bildfläche verschwunden.

torat, das zunächst mit der Landwirtschaft im eidgenössischen Industrie- und Landwirtschaftsdepartement angesiedelt war, entstand später das Bundesamt für Forstwesen, dann das Bundesamt für Forstwesen und Landschaftsschutz (BFL) im Departement des Innern. 1989 wurde das BFL mit dem Bundesamt für Umweltschutz zum damaligen BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) fusioniert, das heute wieder Bundesamt für Umwelt (BAFU) heisst. Auf der begrifflichen Ebene ist der Wald also auf Amtsstufe verschwunden. Aber Worte reflektieren auch hier die Realität: Mit jeder Reorganisation ist die Waldwirtschaft in der Tat auch hierarchisch nach unten gerutscht – der Forstdirektor als Mitglied der Amtsdirektion ist Geschichte. Zuletzt wurde das Thema Wald im BAFU thematisch in verschiedene Abteilungen verteilt, die nicht einmal mehr im gleichen Direktionsbereich angesiedelt sind. Das Thema Wald wird heute in den Abteilungen Gefahrenprävention, Wald, Arten, Ökosysteme, Landschaften und Klima von rund 50 bis 60 Personen bearbeitet.

Wie stellte sich Waldwirtschaft Schweiz zu dieser Entwicklung?

Amstutz: Diese Reorganisationen haben uns jeweils stark beschäftigt. Die Diskussion drehte sich immer um zwei zentrale Fragen: Gehört die Waldwirtschaft in ein Schutzamt, wie es das heutige BAFU ist? Und gehört die Waldwirtschaft wirklich in das Departement des Innern bzw. heute in das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) oder wäre es beim eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) nicht besser aufgehoben? Unsere Argumentation für eine Integration der Waldwirtschaft in das EVD war die Folgende: Holz ist einer der wenigen Rohstoffe der Schweiz. Holz wird zudem in der Schweiz ökologisch und nachhaltig geerntet. Damit die Wertschöpfung aber auch in der Schweiz bleibt – und wir nicht wie ein Entwicklungsland Rohholz exportieren müssen – braucht es eine starke Verarbeitung in der Schweiz. Wir hätten uns von einer Integration der Waldwirtschaft ins EVD deshalb erhofft, dass die Holzproduktion wieder vermehrt in der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungskette gedacht und reguliert wird. Dabei verwiesen wir jeweils auf Länder mit bedeutender einheimischer Holzproduktion und -verarbeitung. Andererseits hatten wir natürlich auch Bedenken. Wenn die Waldwirtschaft als Sektion im Bundesamt für Landwirtschaft gelandet wäre, dann wäre das auch keine wirklich gute Lösung gewesen.

Wir ergeht es dem Thema Waldwirtschaft heute im BAFU?

Amstutz: Die Waldwirtschaft ist heute die einzige Branche mit Produktionsauftrag im



Foto: CS

„Die ungleiche Behandlung der Land- und Waldwirtschaft bei der Abgeltung gemeinschaftlicher Leistungen ist stossend.“

BAFU. Gleichzeitig ist die Waldwirtschaft keine reine Wirtschaftsbranche, weil ja neben der Holzproduktion auch die Schutz- und die Erholungsfunktion des Waldes von Bedeutung sind. Deshalb ist das Thema Wald ja auch auf verschiedene Abteilungen und Sektionen verteilt. Dies führt innerhalb des BAFU, das ja ein sehr grosses Bundesamt ist, allerdings zu konkurrierenden Fraktionen, die jeweils nur ihre eigenen Ziele verteidigen. In den Hintergrund rückt dabei die gesamtheitliche Sicht auf das Thema Wald und die berechtigten betriebswirtschaftlichen Interessen der

„Es kommt bei uns und unseren Mitgliedern schlecht an, wenn in Bundesämtern über den Wald verfügt wird, wie wenn der Wald der Öffentlichkeit gehören würde.“

Waldeigentümer und Waldbewirtschafter. Von vielen Mitarbeiterinnen des BAFU wird der Wald nur noch als öffentliches Gut wahrgenommen. Das ist keine gute Entwicklung.

Das führt bei Waldwirtschaft Schweiz gelegentlich zu einem eher gereizten Tonfall.

Amstutz: Es kommt bei uns und bei unseren Mitgliedern in der Tat schlecht an, wenn in Bundesämtern über den Wald verfügt wird, wie wenn er der Öffentlichkeit gehören würde. Wenn die Eigentümer und die Bewirtschafter behandelt werden wie jeder andere „Stakeholder“, wie es heute so schön heisst, dann wird die wirtschaftliche Realität doch weitgehend ausgeblendet.

Fehlt es der Waldwirtschaft und dem BAFU an einer gemeinsamen Sprache?

Amstutz: Man muss hier von einer Art Entfremdung sprechen, bei der die Sprache und eine gemeinsame Wissensgrundlage eine wichtige Rolle spielen. Als beim Bund und bei den Kantonen Entscheidungen im Waldbereich noch mehrheitlich von Forstleuten getroffen wurden, hatten der Waldeigentümer, der Waldbewirtschafter und unser Verband Ansprechpartner, die Generalisten waren. Forstingenieure und Förster gingen beruflich zwar oft unterschiedliche Wege – die einen zog es in den Naturschutz, die anderen waren mehr im Bauwesen stark, die dritten gingen in die Forstwirtschaft –, aber sie hatten doch alle ein betriebswirtschaftliches Grundwissen erworben und auch das Interesse an Gesamtzusammenhängen wurde an der ETH und an den Försterschulen vermittelt. Hinzu kommt, dass eine Anstellung beim Bund früher gewissermassen das Ende der Karriereleiter war. Beim Bund arbeiteten früher erfahrene Fachleute, die die forstliche Praxis gut kannten. Heute kommen Leute in die Bundesverwaltung, die nie in der forstlichen Praxis gearbeitet haben. Ich staune



**Waldnutzung im ortsüblichen Umfang:
Sind Skifahren und Mountainbiken auch
gemeint?**

in Skandinavien konkurrenzieren können, der eine mechanische Holzernte auf drei bis fünf Hektar-Schlägen durchführt?

Welche Lösungen sehen Sie für die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Waldwirtschaft?

Amstutz: Wir möchten die Frage des Zutrittsrechtes zum Wald, das ja im Zivilgesetzbuch verankert ist, mit der Frage der Abgeltung verknüpfen. Das Zivilgesetzbuch sieht bekanntlich vor, dass der Wald und übrigens auch das Feld „im ortsüblichen Umfang“ betreten werden kann. Wir wehren uns dagegen, dass dieser „ortsübliche Umfang“ auf immer mehr Nutzungen – denken wir an Mountainbiking, Reiten, Motocross, Skifahren etc. – ausgedehnt wird. Das war nicht im Sinn des Gesetzgebers. Unser Ansatz ist der, dass wir dort, wo wir es mit organisierten Ansprechpartnern zu tun haben, auf eine Abgeltung und Koordination pochen. Das ist in der Regel auch nicht schwierig, sofern die Waldnutzer organisiert sind. Schwieriger ist es bei den unorganisierten Waldnutzern.

manchmal schon, wie wenig solche Personen über die wirtschaftlichen und produktionstechnischen Auswirkungen von Regulierungen wissen. In solchen Situationen ist die Verständigung wegen der fehlenden gemeinsamen lebensweltlichen und fachlichen Wissensgrundlage häufig sehr schwierig.

Welche Rolle spielte hier die De-facto Abschaffung der Forstingenieurerausbildung an der ETH Zürich?

Amstutz: Dass an der ETH Zürich die bewirtschaftungspezifischen Disziplinen weitgehend verschwunden sind, hat natürlich entscheidend dazu beigetragen. Wer heute an der ETH Zürich ein Studium der Umweltwissenschaften absolviert und im Masterstudium eine Spezialisierung im Bereich Wald macht, ist nach dem Studium nicht ohne Weiteres in der Lage, forstliche Funktionen wahrzunehmen.

Können Fachhochschulabsolventen die ETH-Forstingenieure nicht ersetzen?

Amstutz: Für viele Funktionen schon. Wenn beim Bund aber anstelle der ETH-Forstingenieure heute ETH-Umweltwissenschaftler auf die Fachhochschulabsolventen in der Forstpraxis treffen, wird die Diskrepanz der Sichtweisen dadurch nicht kleiner.

Waldwirtschaft Schweiz thematisiert die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen. Forderungen nach Direktzahlungen gibt es aber nicht ...

Amstutz: Die Abgeltung von „Non-Wood-Goods“, also gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die in der Waldwirtschaft erbracht werden, ist keine einfache Sache. Die Waldwirtschaft erbringt zwar viele Leistungen, die auf Märkten nicht abgegolten werden. Aber

auf die Frage, wie diese Leistungen abgegolten werden sollen, gibt es tatsächlich (noch) keine einfache, überregionale Lösung.

Die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen wie in der Landwirtschaft wäre demnach für Sie kein Vorbild?

Amstutz: Ja und nein. Einerseits werfen wir von der Waldwirtschaft natürlich einen scheinbaren Blick auf die Agrarpolitik und staunen darüber, wie viele Gelder dort für gemeinwirtschaftliche Leistungen fließen. Dagegen sind wir Waisenknaben. Diese ungleiche Behandlung von Land- und Forstwirtschaft ist stossend. Andererseits: Das, was derzeit mit den Direktzahlungen und der dazugehörigen Regulierung in der Landwirtschaft passiert, das wünscht sich in der Waldwirtschaft in dieser Form keiner. Ökobeiträge für den Wald beispielsweise entsprächen nicht der Denkweise, die in der Waldwirtschaft vorherrscht. Der Forstprofi und der Waldeigentümer sind ja auch ökonomisch daran interessiert, das Ökosystem Wald mit einer naturnahen Waldbewirtschaftung sinnvoll zu nutzen und nicht zu zerstören. Ökobeiträge stünden da quer in der Landschaft.

Bezüglich Vergleichbarkeit der Produktion ist die Situation in der Land- und Waldwirtschaft aber ähnlich?

Amstutz: Ja, auch die Waldbewirtschaftler fühlen sich ungerecht behandelt, wenn man sie auf der Kostenebene mit gleichem Massstab misst wie Forstbetriebe in Skandinavien und von ihnen verlangt, gleich effizient zu wirtschaften. Wie soll ein Forstbetrieb in der Schweiz, der von Gesetzes wegen und auch aufgrund der Ansprüche der Bevölkerung, faktisch eine Einzelbaumernte macht, im Bereich der Holzernte mit einem Forstbetrieb

Was derzeit in der Landwirtschaft passiert mit Direktzahlungen und dazugehöriger Regulierung, das wünscht sich in der Waldwirtschaft in dieser Form keiner.

Weshalb?

Amstutz: Weil dort von den Nutzern zwar Ansprüche an die Waldeigentümer gestellt werden – etwa die Regelung von Konflikten unter verschiedenen Nutzern des Waldes – gleichzeitig aber eben keine Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Ansprechpartner sind gerade dann wichtig, wenn die Bewirtschaftung aus ökologischen Gründen extensiviert wird. Wenn beispielsweise mehr Totholz in den Wäldern stehen gelassen wird, dann nimmt das Risiko herunterfallender Äste und umfallender Bäume zu. Hier darf man den Waldbewirtschaftler nicht mit den unklaren Haftungsfragen allein lassen. Hier braucht es auf lokaler und regionaler Ebene organisierte Ansprechpartner, um über Nutzungsregeln und Abgeltungen zu sprechen. cs ■